



Regierungsstatthalteramt Interlaken-Oberhasli

Schloss 1  
3800 Interlaken  
031 635 97 70  
bauabteilung.in-oh@be.ch  
www.be.ch/regierungsstatthalter

Martin Künzi  
+41 31 635 97 73  
martin.kuenzi@be.ch

Regierungsstatthalteramt Interlaken-Oberhasli, Schloss 1, 3800 Interlaken

Jungfraubahn AG  
Herrn Fabian Baumann  
Harderstrasse 14  
3800 Interlaken

eBau Nummer 2024-8015 / 193656  
bvor Nummer 27-2024 / mk

27. August 2024

## Voranfrage

Gemeinde	Grindelwald
Bauherrschaft	Jungfraubahn AG, Fabian Baumann, Harderstrasse 14, 3800 Interlaken
Bauvorhaben	Erstellen Kabelschutzrohranlage
Standort	Grund bis Alpiglen, Grindelwald, Parzellen Nrn. 4533, 2626, 6084, 546, 564, 4482, 54, 2945, 6506, 439, 4941, 6087, 441, 4930, 820, 5118, 815, 5059, 3027, 922, 783, 4962, 4970, 5474, 4421, 466, 5044, 2860, 818, 2102, 3244, 3865, 2858, 5043, 76
Nutzungszone	UeO Erschliessung Grund, UeO Stutzgasse und UeO Beschneigung Männlichen - Kleine Scheidegg, Wohnzone W2, Zone für Skipisten, ZöN 3a, Landwirtschaftszone
Schutzzone	Gewässerschutzbereich üB, Au, Flachmoor, kantonales Vogelschutzgebiet
Ausnahmen	<ul style="list-style-type: none"><li>- Bauvorhaben ausserhalb der Bauzone (Art. 24 RPG<sup>1</sup>)</li><li>- Baute in Waldnähe (Art. 25 KWaG<sup>2</sup>)</li><li>- Bauten und Anlagen am Gewässer (Art. 48 WBG<sup>3</sup>)</li><li>- Bauten und Anlagen im Freihalteraum Fliessgewässer (Art. 41c GSchV<sup>4</sup>)</li><li>- Eingriffe in Schutzobjekte nach Art. 18 ff. NHG<sup>5</sup></li></ul>

<sup>1</sup> Bundesgesetz über die Raumplanung vom 22. Juni 1979 (Raumplanungsgesetz, RPG; SR 700).

<sup>2</sup> Kantonales Waldgesetz vom 5. Mai 1997 (KWAG; BSG 921.11).

<sup>3</sup> Gesetz über Gewässerunterhalt und Wasserbau (Wasserbaugesetz, WBG; BSG 751.11).

<sup>4</sup> Gewässerschutzverordnung vom 28. Oktober 1998 (GSchV; SR 814.201)

<sup>5</sup> Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz vom 1. Juli 1966 (NHG; SR 451).

Sehr geehrter Herr Baumann

Ich beziehe mich auf Ihre Voranfrage, die Sie am 8. April 2024 bei der Einwohnergemeinde Grindelwald eingereicht haben. Da das Regierungsstatthalteramt Interlaken-Oberhasli voraussichtlich für ein allfälliges Baubewilligungsverfahren zuständig sein wird, hat uns die Gemeinde Ihre Voranfrage am 3. Mai 2024 zur Beurteilung weitergeleitet. Zur Prüfung der Voranfrage haben wir bei den folgenden Amts- und Fachstellen Stellungnahmen eingeholt:

- Einwohnergemeinde Grindelwald (Baupolizei, Ausnahmen);
- Abteilung Naturförderung (Naturschutz);
- Jagdinspektorat (Wildtierschutz);
- Abteilung Bauen des Amts für Gemeinden und Raumordnung (Raumplanungsrecht);
- Abteilung Walderhaltung Region Alpen (Waldrecht);
- Oberingenieurkreis I (Wasserbaupolizei).

Diesbezüglich verweisen wir auf die in eBau einsehbaren Fachberichte und Stellungnahmen. Wir empfehlen Ihnen, die Ausführungen und Hinweise der Amts- und Fachstellen in der weiteren Planung zu berücksichtigen und umzusetzen. Namentlich weisen wir auf die gemäss dem Fachbericht Naturschutz der Abteilung Naturförderung vom 12. Juni 2024 sowie laut der Stellungnahme der Abteilung Bauen des Amts für Gemeinden und Raumordnung für ein bewilligungsfähiges Projekt erforderlichen Anpassungen hin. Hinsichtlich der durch uns in der Funktion als Baubewilligungsbehörde zu beurteilenden Vereinbarkeit des Bauvorhabens mit Art. 41 c GSchV (Bauvorhaben innerhalb des übergangsrechtlichen Gewässerraums Fliessgewässer) kommen wir zum Schluss, dass das öffentliche Interesse am Vorhaben offenkundig gegeben ist. Hingegen kann die Standortgebundenheit innerhalb des Gewässerraums – in Übereinstimmung mit der naturschutzrechtlichen Beurteilung der Abteilung Naturförderung und der raumplanungsrechtlichen Beurteilung des Amts für Gemeinden und Raumordnung – nur insoweit bejaht werden, als Gewässerquerungen für das Vorhaben zwingend sind und keine Leitungen innerhalb des Gewässerraums parallel zum Gewässer verlaufen.

Die Voranfrageantwort bezieht sich ausschliesslich auf die eingereichten Unterlagen und die im Voranfrageverfahren geprüften Fragen. Die definitive Prüfung und auch mögliche Einsprachen in einem allfälligen Baubewilligungsverfahren bleiben vorbehalten. Deshalb kann ein verbindlicher Entscheid erst im Rahmen eines Baubewilligungsverfahrens ausgestellt werden.

Die Gebühren für die Behandlung der Voranfrage werden wie folgt festgesetzt und verfügt<sup>6</sup>:

Regierungsstatthalteramt	CHF	250.00	BE10
Gemeinde Grindelwald	CHF	615.00	BF21
Amt für Gemeinden und Raumordnung, Bauen	CHF	100.00	BF06
<b>Total</b>	<b>CHF</b>	<b>965.00</b>	

Die Rechnung folgt mit separater Post.

<sup>6</sup> Ziffer 5.8 zu Anhang 9 der Verordnung über die Gebühren der Kantonsverwaltung vom 22. Februar 1995 (Gebührenverordnung, GebV, BSG 154.21; Gebührentarif für die Regierungsstatthalterämter).

Freundliche Grüsse

Regierungsstatthalteramt  
Interlaken-Oberhasli



Martin Künzi  
Regierungsstatthalter

Per eBau-Notifikation:

(sämtliche Dokumente sind in eBau unter der Nummer 2024-8015, Dossier 193656 einsehbar und können bei Bedarf heruntergeladen werden).

- Einwohnergemeinde Grindelwald, Bauverwaltung;
- Alpinice Bauplanung AG;
- Abteilung Naturförderung;
- Jagdinspektorat;
- Abteilung Bauen des Amts für Gemeinden und Raumordnung;
- Abteilung Walderhaltung Region Alpen;
- Oberingenieurkreis I.

Kopie an:

- Buchhaltung RSTA.

**Rechtsmittelbelehrung**

Gegen die Verfügung der Gebühren kann innert 30 Tagen seit Zustellung beim Verwaltungsgericht des Kantons Bern, Speichergasse 12, 3011 Bern, schriftlich Beschwerde erhoben werden. Diese muss einen Antrag, die Angabe von Tatsachen und Beweismitteln, eine Begründung sowie eine Unterschrift enthalten. Die Beschwerde ist dreifach, zusammen mit der angefochtenen Verfügung einzureichen.



Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion  
Amt für Wald und Naturgefahren  
Abteilung Walderhaltung Region Alpen

Schlossgasse 6  
3752 Wimmis  
+41 31 636 12 40  
wald.alpen@be.ch  
www.be.ch/wald

Stephan Luginbühl  
+41 31 636 12 51  
stephan.luginbuehl@be.ch

Abteilung Walderhaltung Region Alpen, Schlossgasse 6, 3752 Wimmis

Regierungsstatthalteramt Interlaken-Oberhasli  
Schloss 1  
3800 Interlaken

Geschäfts Nr. Leitbehörde:	2024-8015 / (193656)	28. Mai 2024
Geko-ID:	BE_2024-745	
GEVER-Nr. AWN:	2024.WEU.2324	

## **Voranfrage zu Baugesuch betreffend Näherbau / nichtforstliche Kleinbaute im Wald**

Grindelwald; Parzelle-Nr. 4533, 466 5043, 2102, 3244, 3865, 76 (Grund bis Alpiglen):

### **Erstellen Kabelschutzrohranlage**

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren

Wir danken Ihnen für die Zustellung der Unterlagen zu oben genanntem Geschäft und die Möglichkeit zur Stellungnahme. Aus Sicht Wald und auf Grund der Voranfrageakten äussern wir uns dazu wie folgt:

#### **1. Beurteilung des Vorhabens**

Für den Bereich Grund bis Alpiglen, sind keine verbindlichen Waldgrenzen festgelegt. Entsprechend verläuft die Waldgrenze 3 m ausserhalb der Linie, welche die Stockmitten der äussersten Bäume und Wurzelstöcke oder 1 m ausserhalb der Linie, welche die äussersten Sträucher miteinander verbindet. Befindet sich innerhalb dieses Saums eine Parzellengrenze oder eine topografische Grenze, so fällt die Waldgrenze mit dieser Grenze zusammen (Art. 3 KWaV).

Es gilt der gesetzlich vorgeschriebene Waldabstand von 30 m. Die zuständige Stelle der Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion kann Ausnahmen vom Mindestabstand vorsehen.

#### **Ausgangslage**

In den Jahren 2021/2022 wurde zusammen mit der BKW und dem EWL eine Netzstudie zur Versorgungssicherheit der beiden Lütschinentäler ausgearbeitet. Die beiden Unterstationen Lauterbrunnen und Grindelwald werden im Stich gespeist; beim Ausfall einer Leitung steht keine redundante Hochspannungsleitung zur Verfügung. Fällt eine der beiden Leitungen aus, können die Talleitungen der Jungfrau-bahnen zwischen den beiden Unterstationen die jeweils betroffene Unterstation übers Mittelspannungs-netz versorgen. Dies ist jedoch nur in der Zwischensaison möglich; in der Hochsaison im Winter und im Sommer bei maximaler Energieproduktion der Wasserkraftwerke in der Region ist die Übertragungslei-tungskapazität zu gering. Um die Versorgungssicherheit zu erhöhen, wurden verschiedene Varianten ge-prüft. Die wirtschaftlich beste Variante, welche ausserdem in den nächsten fünf Jahren realisiert werden kann, ist der Ausbau (Erdverlegung) der beiden Talleitungen und die Verstärkung eines Teils der Berglei-tungen der Jungfrau-bahnen.

Für den Leitungsbau wird der gesetzliche Waldabstand von 30 m an verschiedenen Abschnitten unterschritten. Die kürzesten Waldabstände betragen 3m.

Trotz der Unterschreitung des Waldabstandes ist nur mit geringen Beeinträchtigungen der Hygiene und Sicherheit der Bauten (Beschattung / Feuchtigkeit / Blatt- / Ast- und Baumfall) zu rechnen.

Die Leitung quert an zwei Abschnitten Waldareal.

Auf der Parzelle 3244 auf einer Länge von rund 12 m, es handelt sich um Objektschutzwald gegen Lawinen, es ist kein Waldnaturinventar vorhanden und wird als mittleres Potenzial für Amphibien eingestuft.

Auf der Parzelle 76 auf einer Länge von rund 26 m, es handelt sich um übriger Wald ohne Schutzfunktion, es ist kein Waldnaturinventar vorhanden und wird als geringes Potenzial für Amphibien eingestuft.

Gemäss KWaV Art. 35 können im Wald sogenannte nichtforstliche Kleinbauten und –anlagen bewilligt werden, wenn sie auf einen Standort im Wald angewiesen sind und die Waldfunktionen nur unwesentlich beeinträchtigen.

Das Vorhaben ist auf den Standort im Wald angewiesen, da die Anschlusspunkte Grund bis Alpiglen gegeben sind und die Linienführung sich optimal am Gelände angepasst.

Die Waldfunktionen gemäss Art. 1 Abs. 1 lit. c WaG werden durch das Vorhaben zwar tangiert, aber nicht entscheidend beeinträchtigt. Die Walderhaltung bleibt gewährleistet. Durch das Bauvorhaben entsteht keine übermässige zusätzliche Behinderung der Waldbewirtschaftung.

## **2. Stellungnahme**

Die beantragte Ausnahmegewilligung zur Unterschreitung des Waldabstandes und für nichtforstliche Kleinbauten und -anlagen kann unter Einhaltung der nachstehend genannten **Auflagen** in Aussicht gestellt werden:

## **3. Voraussetzungen für die Einreichung des Baugesuchs**

- Die Haftungsverzichtserklärung zur Unterschreitung des Waldabstandes und Bauten im Wald wird in der Freigabequittung eBau akzeptiert oder das Formular 4.2 wird nachgereicht.
- Die Zustimmungen der Grundeigentümerinnen und der Grundeigentümer liegen vor.

## **4. Auflagen nach Erteilung einer Baubewilligung**

- Die bestehende Waldgrenze darf nicht zurückgedrängt und der Waldrand nicht beeinträchtigt werden (ausgenommen Sicherheitshiebe).
- Allfällig zu entfernende Bäume sind durch den Revierförster anzuzeichnen.
- Im Wald ist der Baubereich auf ein Minimum zu beschränken.
- Im Wald darf ausserhalb des Baubereichs kein Aushubmaterial, Bauschutt, keine Fahrzeuge, Maschinen und sonstiges Material zwischengelagert oder deponiert werden.
- Vor der Ausführung der Baute ist der Revierförster zu informieren.
- Die Bauarbeiten haben unter grösstmöglicher Schonung des verbleibenden Baumbestandes, der übrigen Waldvegetation und des Bodens zu erfolgen. Gefährdete Bäume sind vor Verletzungen zu schützen.

## 5. Hinweise

- Gemäss Art. 27 KWaG gilt die folgende **Haftungsregel**: "Ist eine Baute oder Anlage mit einer Ausnahme bewilligt worden, ist für allfälligen, vom Wald oder dessen Bewirtschaftung ausgehenden Schaden die Haftung wegbedungen, soweit dies bundesrechtlich zulässig ist."
- Der durch die Baute beanspruchte Waldboden bleibt der Waldgesetzgebung unterstellt.
- Eine Erweiterung der Nutzung kann nur über eine Rodungsbewilligung erfolgen.
- Für nichtforstliche Kleinbauten und –anlagen im Wald ist zusätzlich eine Ausnahmegewilligung nach Art. 24 Raumplanungsgesetz (RPG) erforderlich.
- Vorbehalten bleiben anderweitige Bewilligungen und allfällige Änderungen der Rechtsverhältnisse, allfällige berechnete Einsprachen Dritter sowie die Bedingungen und Auflagen des definitiven Baubewilligungsverfahrens.

Freundliche Grüsse  
Abteilung Walderhaltung Region Alpen

Stephan Luginbühl  
Spezialist Waldrecht





Bau- und Verkehrsdirektion  
Tiefbauamt

Schorenstrasse 39  
3645 Gwatt (Thun)  
+41 31 636 44 00  
info.tbaoik1@be.ch  
www.be.ch/tba

Oliver Hitz  
+41 31 636 44 12  
oliver.hitz@be.ch

Oberingenieurkreis I, Schorenstrasse 39, 3645 Gwatt (Thun)

Regierungsstatthalteramt Interlaken-Oberhasli  
Monika Gafner-Blatter  
Schloss 1  
3800 Interlaken

04. Juni 2024

## Fachbericht Wasserbau

Gemeinde:	Grindelwald
Gewässer:	Sumpfungaben, div. Unbekannte Seitengerinne
Gesuchsteller:	Jungfraubahn AG, Fabian Baumann, Harderstrasse 14, 3800 Interlaken
Ort:	Grund bis Alpigen
Koordinaten:	2 644 694 / 1 163 666
Vorhaben:	Erstellen einer Kabelschutzrohranlage
Plangrundlagen:	Voranfrageakten
Geschäfts-Nr.:	AMT109518
Leitverfahren:	Voranfrageverfahren
Geschäfts-Nr. der Leitbehörde:	eBau: 2024-8015 / 193656 bvor: 27-2024
Kontaktperson:	Oliver Hitz

### Grundlagen

- Gemeindebaureglement
- Gefahrenkarte
- Wasserbaubewilligung Grund

### 1. Beurteilungsgrundlagen

#### Wasserbaupolizei

- 1.1 Der von der Gemeinde Grindelwal festgelegte Gewässerraum/Gewässerabstand genügt den bundes- und kantonrechtlichen Vorgaben nicht mehr. Folglich bemisst sich der



Gewässerabstand gestützt auf die Übergangsbestimmungen der eidgenössischen Gewässerschutzverordnung zur Änderung vom 4. Mai 2011 (GSchV, SR 814.201). Er beträgt mindestens 9.00 m für den Sumpfungaben und sämtliche seitenarme und 20.00 m für die Schwarze Lutschine jeweils gemessen ab Mittelwasserlinie (Böschungsfuss).

- 1.2 Gemäss Art. 38 GSchG (SR 814.20) darf ein Fliessgewässer nicht überdeckt oder eingedolt werden. Ausnahmen sind ausschliesslich in den in Art. 38 Abs. 2 GSchG vorgesehenen Fällen möglich. Die kantonale Gewässerschutzverordnung vom 24. März 1999 (KGV, BSG 821.1) bezeichnet in Art. 4 das Tiefbauamt als zuständige Stelle für die Beurteilung einer Überdeckung oder einer Eindolung.
- 1.3 Gemäss Art. 48 WBG (BSG 751.11) bedürfen Bauten und Anlagen im oder am Gewässer, über oder unter dem Gewässer und im Gewässerraum sowie andere Vorkehren im Gewässerbereich, die auf die Wasserführung, den Abfluss, die Sicherheit und Gestaltung des Gewässerbettes und Ufers, die natürliche Funktionsfähigkeit oder den Zugang zum Gewässer Einfluss haben, einer Wasserbaupolizeibewilligung.

#### **Naturgefahren**

- 1.4 Bei Bauvorhaben in Gefahrengebieten gilt Art. 6 Baugesetz vom 9. Juni 1985 (BauG, BSG 721.0) und Art. 7 Gesetz über Gewässerunterhalt und Wasserbau vom 14. Februar 1989 (WBG, BSG 751.11).

## **2. Beurteilung des Vorhabens**

- 2.1 Erdverlegung einer neuen Kabelleitung, resp. Kabelschutzrohr von Grund bis Alpiglen.

#### **Wasserbaupolizei**

- 2.2 Für das Vorhaben sind einige Gewässerquerungen notwendig.

#### **Naturgefahren**

- 2.3 Für eine Erdverlegung sind die Gefahrengebiete wenig relevant. Die im Boden verlegte Anlage ist, ausser in Gewässernähe und im allfälligen Bereich von Seitenerosionsprozessen, weitestgehend geschützt.

## **3. Fazit**

- 3.1 Aus der Optik Wasserbaupolizei / Naturgefahren sind keine grundsätzlichen Konflikte vorhanden. Eine wasserbaupolizeiliche Ausnahmegewilligung kann in Aussicht gestellt werden.

## **4. Anträge für die weitere Planung**

- 4.1 In den Plänen ist das Gewässernetz und die entsprechenden Gewässerräume komplett darzustellen, wobei es die offenen und eingedolten Bachläufe zu unterscheiden gilt.
- 4.2 Leitungsabschnitte, welche parallel zu einem Gewässer verlaufen, sind ausserhalb des Gewässerraumes anzuordnen.
- 4.3 Den Gewässerquerungen ist besondere Beachtung zu schenken. Im Baugesuch ist aufzuzeigen, ob das Gewässer im offenen Graben (nur sehr kleine Gewässer) oder mittels Spülbohrung gequert werden soll.

## **5. Auflagen im späteren Bewilligungsverfahren**

- 5.1 Die Überdeckung für die Unterquerung hat ab Oberkante Rohr bis zur Gewässersohle mindestens 1.5 m zu betragen.
- 5.2 Die Höhenlage der Leitung muss beidseitig auf einer Länge von 5 m ab Böschungsoberkante beibehalten werden. Erst anschliessend darf die Leitung wieder ansteigen.
- 5.3 Die bestehende gewachsene Uferböschung darf (ausser im Bereich von Gewässerquerungen) weder beansprucht noch tangiert oder überschüttet werden (gilt auch während den Bauarbeiten). Der natürliche Uferbewuchs ist zu erhalten.
- 5.4 Baustelleninstallationen im Gewässerraum müssen nach Beendigung der Arbeiten vollständig zurückgebaut werden. Der ursprüngliche Zustand ist zu Lasten des Gesuchstellers wiederherzustellen.
- 5.5 Der Zugang zum Gewässer muss für Unterhaltsarbeiten jederzeit gewährleistet sein.
- 5.6 Der Kanton und die Wasserbaupflichtigen/Erfüllungspflichtigen übernehmen keine Haftung für allfällige Beschädigungen der bewilligten Bauten und/oder Anlagen infolge Hochwasser, Uferabbruch, Erosion oder Ähnlichem.
- 5.7 Sollte das Gewässer jemals im öffentlichen Interesse verbaut oder umgestaltet werden, so hat der Bauwerkseigentümer die Bauten und/oder Anlagen auf eigene Kosten den neuen Verhältnissen anzupassen.
- 5.8 Werden durch die Ausübung der Ausnahmegewilligung die Wasserbaukosten erhöht, so trägt der Empfänger oder sein Rechtsnachfolger die Mehrkosten.

## **6. Gebühren**

Für diese Voranfrage werden keine Gebühren erhoben.

Oliver Hitz  
Projektleiter Wasserbau



Direktion für Inneres und Justiz  
Amt für Gemeinden und Raumordnung  
Abteilung Bauen

Nydegasse 11/13  
3011 Bern  
+41 31 633 77 70  
bauen.agr@be.ch  
www.be.ch/agr

Bernhard Gottier  
+41 31 633 73 17  
bernhard.gottier@be.ch

G.-Nr.: 2024.DIJ.10790  
eBau-Nr.: 2024-8015 / 193656

3. Juli 2024

## **Voranfrage** **Bauvorhaben ausserhalb des Baugebiets**

### **Stellungnahme** zur Voranfrage

---

Gemeinde:	Grindelwald
Anfragestellerin:	Jungfraubahn AG, Fabian Baumann, Harderstrasse 14, 3800 Interlaken
Parz. Nr. / Standort:	4533, 6084, 564, 4482, 54, 2945, 6506, 439, 4941, 6087, 441, 4930, 820, 5118, 815, 5059, 3027, 922, 783, 4962, 4970, 5474, 4421, 466, 5044, 2860, 818, 2102, 3244, 3865, 2858, 5043, 76 / Grund bis Alpiglen, Grindelwald
Koordinaten:	Diverse
Bauvorhaben:	Erstellen Kabelschutzrohranlage
Zuständige Baubewilligungsbehörde:	Regierungsstatthalteramt Interlaken-Oberhasli, Schloss 1, 3800 Interlaken

---

Sehr geehrte Damen und Herren

Über die Zirkulation auf eBau haben wir die Unterlagen zur erwähnten Bauvoranfrage erhalten.

### **Sachverhalt**

Gemäss eigenen Angaben hat die Anfragestellerin in den Jahren 2021/2022 zusammen mit der BKW und dem EWL eine Netzstudie zur Versorgungssicherheit der beiden Lütschinentäler ausgearbeitet. Die beiden Unterstationen Lauterbrunnen und Grindelwald würden im Stich gespeist. Gemäss Schreiben der Voranfragestellerin am 8. April 2024 stehe beim Ausfall einer Leitung keine redundante Hochspannungsleitung zur Verfügung. Falle eine der beiden Leitungen aus, könnten die Talleitungen der Jungfraubahn-

nen zwischen den beiden Unterstationen die jeweils betroffene Unterstation übers Mittelspannungsnetz versorgen. Dies sei jedoch nur in der Zwischensaison möglich; in der Hochsaison im Winter und im Sommer bei maximaler Energieproduktion der Wasserkraftwerke in der Region sei die Übertragungskapazität zu gering. Um die Versorgungssicherheit zu erhöhen, seien verschiedene Varianten geprüft worden. Die wirtschaftlich beste Variante, welche ausserdem in den nächsten fünf Jahren realisiert werden könne, sei der Ausbau (Erdverlegung) der beiden Talleitungen und die Verstärkung eines Teils der Bergleitungen der Jungfraubahnen. Die Länge der Anlagen beträgt rund 3'500 Meter.

## Erwägungen

Gemäss Art. 24 des Raumplanungsgesetzes (RPG) können Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzone realisiert werden, wenn sie einen Standort ausserhalb der Bauzonen erfordern und ihnen am geplanten Standort keine überwiegenden Interessen entgegenstehen.

Aus den Voranfrageakten geht die absolute Notwendigkeit der Leitung nicht klar hervor. Dies ist im Rahmen eines Baubewilligungsverfahrens detaillierter aufzuzeigen.

Gestützt auf Artikel 24 ff. Raumplanungsgesetz (RPG) wird **festgestellt**:

1. Kann die Notwendigkeit der Leitung nachgewiesen werden, wird die Standortgebundenheit für das Bauvorhaben ausserhalb des Baugebietes teilweise anerkannt.

Im Bereich der Parzellen Nrn. 2945, 439 und 4941 verläuft die Linienführung der Kabelschutzrohranlage entlang der bestehenden Strasse, durch die Landwirtschaftszone, obschon sich die Grundstücke auf der anderen Strassenseite in der Bauzone befinden. Aufgrund des strengen Trennungsgrundsatzes Baugebiet/Nichtbaugebiet kann die Standortgebundenheit für die Erstellung von Bauten und Anlagen nur anerkannt werden, wenn sie nicht auch in der Bauzone realisiert werden können. Dies ist im Bereich der Grundstücke Nr. 2945, 439 und 4941 nicht der Fall, weil sie ebenso gut in der Bauzone erstellt werden könnten.

2. Ebenfalls Vorbehalte zur geplanten Linienführung äussern die Abteilung Naturförderung in ihrem Fachbericht Naturschutz vom 12. Juni 2024 und die Fachstelle Bodenschutz des Amtes für Landwirtschaft und Natur (LANAT) im Fachbericht Bodenschutz vom 29. Juni 2024. Diese sind zu bereinigen, damit sichergestellt werden kann, dass dem Bauvorhaben keine überwiegenden Interessen entgegenstehen.
3. Unter der Bedingung, dass die Notwendigkeit der Leitung nachgewiesen werden kann und ihre Linienführung gemäss den vorgenannten Ausführungen angepasst wird, kann eine Ausnahmegewilligung nach Art. 24 RPG in Aussicht gestellt werden.
4. **Hinweis**  
Ein rekursfähiger Entscheid kann erst im Rahmen eines Baubewilligungsverfahrens gefällt werden. Vorbehalten bleiben zudem die Einhaltung der übrigen Voraussetzungen, die im Baubewilligungsverfahren geprüft werden müssen.
5. Diese Stellungnahme gilt unter dem Vorbehalt, dass die tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse bis zum Datum der allfälligen Baugesuchseingabe unverändert bleiben.

6. Die Stellungnahme geht an die Baubewilligungsbehörde. Diese wird gebeten, sie der Anfragestellerin in geeigneter Weise bekannt zu geben.
7. Gemäss Verordnung über die Gebühren der Kantonsverwaltung wird eine Gebühr von CHF 100.00 erhoben. Die interne Rechnung des AGR folgt in den nächsten Tagen. Die Weiterverrechnung dieser Verfahrenskosten richtet sich nach Artikel 51 des Dekrets über das Baubewilligungsverfahren (BewD).

Freundliche Grüsse

Amt für Gemeinden und Raumordnung  
Abteilung Bauen

Bauinspektor

Kopie

- LANAT, Christiane Vögeli Albisser, per E-Mail
- AGR Rf



## Einwohnergemeinde Grindelwald

Regierungsstatthalteramt  
Interlaken-Oberhasli  
Schloss 1  
3800 Interlaken

Grindelwald, 5. Juli 2024/sg  
Aktenzeichen: BG 3938, eBau-Nr. 2024-8015 / 193656

### Stellungnahme zur Voranfrage

---

Gemeinde:	3818 Grindelwald
Leitverfahren:	RSTA Bau-Nr. bvor-27-2024
Bauherrschaft:	Jungfraubahn AG, Harderstrasse 14, 3800 Interlaken
Bauvorhaben:	Erstellen Kabelschutzrohranlage
Standort:	Parzellen Nrn. 4533, 2626, 6084, 546, 564, 4482, 54, 2945, 6506, 439, 4941, 6087, 441, 4930, 820, 5118, 815, 5059, 3027, 922, 783, 4962, 4970, 5474, 4421, 466, 5044, 2860, 818, 2102, 3244, 3865, 2858, 5043, 76, Grund bis Alpiglen
Voranfrage vom:	23. April 2024
Nutzungszone:	Wohnzone W2, Zone für Skipisten, ZöN 3a, Landwirtschaftszone
Gewässerschutzbereich:	B, Au
Schutzobjekt:	Ja
Schutzzone:	Nein
Gefahrengebiet:	Diverse Gefährdungen
EWAP-Gemeinde:	Ja
Beantragte Bewilligung:	Voranfrageverfahren
Ausnahmen:	Bauen ausserhalb der Bauzone (Art. 24 RPG) Bauten und Anlagen am Gewässer (Art. 48 WBG) Baute in Waldesnähe (Art. 25 KWaG) Nichtforstliche Kleinbaute im Wald (Art. 14 WaV) Eingriffe in Schutzobjekte (Art. 18 ff. NHG)
Ansprechperson:	Sina Gerber, Verfahrensleiterin Hochbau

## 1. Beurteilung des Vorhabens

Bei der vorliegenden Bauvoranfrage handelt es sich um das Erstellen einer Kabelschutzrohranlage. Die Beurteilung erfolgt aufgrund der eingereichten Unterlagen.

Grundlage zur Beurteilung bilden die baurechtliche Grundordnung der Gemeinde sowie die für das Bauvorhaben anzuwendenden Bestimmungen der übergeordneten Bau- und Umweltschutzgesetzgebung. Das Bauvorhaben entspricht dem Baureglement der Gemeinde Grindelwald.

### Nutzungsvorschriften / Gebäudevolumen und Volumenziffer

Das Bauvorhaben liegt in der Wohnzone W2, Zone für Skipisten sowie in der ZÖN 3a und ist zonenkonform.

Weiter ist auch die Landwirtschaftszone betroffen. Die Beurteilung von Bauvorhaben ausserhalb der Bauzone nach Art. 24 ff RPG obliegt dem dafür zuständigen Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) des Kantons Bern. Mit Verfahrensprogramm vom 23. Mai 2024 wurde das AGR zur Stellungnahme eingeladen. Die diesbezügliche Stellungnahme gelangt beim Regierungsratsthalteramt ein.

### Bau- und Grenzabstände, Firsthöhe

Die zur Anwendung gelangenden Bau- und Grenzabstände werden mit Ausnahme des Gewässer- und Waldabstandes eingehalten. Die diesbezügliche Auseinandersetzung erfolgt im Abschnitt Ausnahmen.

### Strassenabstand

Die Kabelschutzrohranlage verläuft teilweise parallel zur Strasse. Es sind auch ein paar Strassenquerungen geplant. Es wird auf die Auflagen/Hinweise der Abteilung Tiefbau verwiesen.

### Erschliessung

Es handelt sich um das Erstellen einer Kabelschutzrohranlage.

### Erstwohnungsanteil EWAP

Das vorliegende Projekt fällt **nicht** unter die Bestimmungen gemäss Art. 46ff GBR.

### Zweitwohnungsbau

Das vorliegende Projekt ist vom Zweitwohnungsbau **nicht** betroffen.

### Naturgefahren

Die Baugrundstücke befinden sich in diversen Gefahrengeländen. Im Baubewilligungsverfahren sind die zuständigen Fachstellen beizuziehen.

### Weitere Gegenstände

Die weiteren Gegenstände wie Gesundheit, Sicherheit, Umweltschutz u.a.m. wurden materiell geprüft. Die dafür zur Anwendung gelangenden Vorschriften werden eingehalten.

### Zu den Ausnahmen

Das Bauvorhaben erfordert voraussichtlich die folgenden Ausnahmen:

- *Bauen ausserhalb der Bauzone (Art. 24 RPG)*
- *Bauten und Anlagen am Gewässer (Art. 48 WBG)*
- *Baute in Waldesnähe (Art. 25 KWaG)*
- *Nichtforstliche Kleinbaute im Wald (Art. 14 WaV)*
- *Eingriffe in Schutzobjekte (Art. 18 ff. NHG)*



Die Beurteilungen zu den einzelnen Ausnahmen erfolgen hauptsächlich durch die zuständigen Amts- und Fachstellen. Diese wurden mit Verfahrensprogramm vom 23. Mai 2024 mit den Voranfrageunterlagen bedient. Die Erteilung der nachgesuchten Ausnahmegewilligungen wird seitens der Gemeinde befürwortet.

## **2. Antrag**

2.1 Gestützt auf den Beschluss der Kommission Hochbau und Planung vom 1. Juli 2024 beantragen wir Ihnen, die nachgesuchte Voranfrage unter Vorbehalt von positiv lautenden Beurteilungen der Amts- und Fachstellen im positiven Sinne zu beantworten. Die nachstehenden Hinweise sind zu beachten.

## **3. Auflagen/Hinweise der Abteilung Tiefbau**

3.1 Die Leitungsquerungen anderer Werke dürfen nicht schleifend ausgeführt werden. Falls es nicht anders möglich ist, sind die bestehenden Leitungen zu unterqueren.

3.2 Im Baugesuchsverfahren sind die Werkleitungen Dritter auszuweisen.

3.3 Die notwendigen Strassenaufbruchbewilligungen können mit Auflagen (siehe nachstehende Punkte) in Aussicht gestellt werden.

3.4 im Grund

- Querung Hauptkanal Schmutzabwasserleitung DN 900.

3.5 Kirchbodenstrasse

- Querung Hydrantenleitung PE.
- Querung Schmutz- und Regenabwasserleitung; die Leitungen sind nur 80 - 100 cm überdeckt, unterqueren.

3.6 Stutzgasse

- Querung Regenabwasserleitung.
- Bei Längseinbau der Leitung wird ein vollflächiger Belagsersatz gefordert.
- Prüfen, ob eine zusätzliche Sickerleitung notwendig ist (Hangwasser).

3.7 Stutzstrasse

- Die Leitungsführung ist zu überprüfen (neuer Strassenbelag), Trasse westlich über Parz. Nr. 3508 im Bankett wählen.
- Es sind bereits viele Medien in diesem Bereich vorhanden.
- Empfohlen wird eine Querung oberhalb der Trafostation.
- Es wird keine Längsaufbruchbewilligung in Aussicht gestellt.

3.8 Hibeli

- Trasse östlich der bestehenden Leitungen.

3.9 Wärgistalstrasse

- Querung so kurz als möglich wählen.

3.10 Hibeli (GBB 441)

- Keine Querung Regenabwasserleitung.
- Einbau Sickerleitung prüfen (Hangwasser).

3.11 Gartenbodenweg / Kummersweid

- Unterqueren Schmutzabwasserleitung; die Leitung ist nur ca. 80 cm überdeckt.
- Querung Hydrantenleitung.

#### 4. Erstwohnungsanteil EWAP

Das vorliegende Projekt fällt **nicht** unter die Bestimmungen gemäss Art. 46ff GBR.

#### 5. Zweitwohnungsbau

Das vorliegende Projekt ist vom Zweitwohnungsbau **nicht** betroffen.

#### 6. Gebühren

Gestützt auf das Gebührenreglement der Gemeinde vom 1. Januar 2016 werden die Aufwendungen der Gemeinde wie folgt festgelegt:

Prüfen auf Vollständigkeit / Formelle Prüfung	CHF	300.00
Baubewilligungsbehörde	CHF	180.00
Stellungnahme zur Voranfrage	CHF	120.00
Drucksachen	CHF	<u>15.00</u>
<b>Total</b>	<b>CHF</b>	<b><u>615.00</u></b>

Freundliche Grüsse



#### Kommission Hochbau und Planung

Der Präsident

A blue ink signature of Beat Bucher, consisting of stylized, flowing letters.

Beat Bucher

Der Bauverwalter

A blue ink signature of Daniel Mathys, featuring a more complex, cursive script with several loops.

Daniel Mathys



Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion  
Amt für Landwirtschaft und Natur  
Abteilung Naturförderung (ANF)

Schwand 17  
3110 Münsingen  
+41 31 636 14 50  
info.anf@be.ch  
www.be.ch/natur

Patrick Heer  
+41 31 635 95 87  
patrick.heer@be.ch

Abteilung Naturförderung (ANF), Schwand 17, 3110 Münsingen

Regierungsstatthalteramt Interlaken-Oberhasli  
Schloss 1  
3800 Interlaken

Reg-Nr.: 2024.WEU.2063 ID: 19517  
eBau Nr.: 2024-8015

12. Juni 2024

# Fachbericht Naturschutz

Gemeinde:	Grindelwald
Gesuchstellerin:	Jungfraubahn AG, Fabian Baumann, Harderstrasse 14, 3800 Interlaken
Standort / Adresse:	Grund bis Alpiglen, Grindelwald
Parzellen Nr.:	4533, 2626, 6084, 546, 564, 4482, 54, 2945, 6506, 439, 4941, 6087, 441, 4930, 820, 5118, 815, 5059, 3027, 922, 783, 4962, 4970, 5474, 4421, 466, 5044, 2860, 818, 2102, 3244, 3865, 2858, 5043, 76
Koordinaten:	2'644'696 / 1'163'684; 2'644'665 / 1'163'654; 2'644'668 / 1'163'605; 2'644'670 / 1'163'587; 2'644'685 / 1'163'535; 2'644'702 / 1'163'510; 2'644'646 / 1'163'395; 2'644'726 / 1'163'429; 2'644'678 / 1'163'379; 2'644'716 / 1'163'323; 2'644'664 / 1'163'287; 2'644'647 / 1'163'265; 2'644'632 / 1'163'246; 2'644'661 / 1'163'237; 2'644'548 / 1'163'170; 2'644'599 / 1'163'152; 2'644'554 / 1'163'194; 2'644'552 / 1'163'027; 2'644'545 / 1'163'024; 2'644'548 / 1'162'993; 2'644'484 / 1'163'002; 2'644'491 / 1'162'947; 2'644'485 / 1'162'934; 2'644'493 / 1'162'890; 2'644'439 / 1'162'854; 2'644'380 / 1'162'797; 2'643'977 / 1'162'515; 2'644'253 / 1'162'674; 2'644'194 / 1'162'644; 2'644'083 / 1'162'591; 2'643'969 / 1'162'568; 2'643'913 / 1'162'543; 2'643'852 / 1'162'551; 2'644'558 / 1'162'997; 2'643'823 / 1'162'492
Vorhaben:	Erstellen Kabelschutzrohranlage
Unterlagen:	Projektunterlagen zur Bauvoranfrage
Schutzobjekte:	Ufervegetation (Art. 21 NHG) Flachmoor von nationaler Bedeutung (Objekt Nr. 3618) Flachmoor von regionaler Bedeutung ( Hecken / Feldgehölze (Art. 18 NHG, Art 27 und Art. 28 NSchG) Geschützte Pflanzen (Art. 20 NHV) Geschützte Tiere (Art. 20 NHV)
Gewässer:	Lütschine
Erforderliche Ausnahmen:	<b>Ausnahmebewilligung für Eingriffe in die Ufervegetation</b> nach Art. 18 Abs. 1 <sup>bis</sup> und 1 <sup>ter</sup> , Art. 21 und 22 Abs. 2 des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz vom 1.7.1966 und Art. 12, Art. 13 Abs. 3 und Art. 17 der kantonalen Naturschutzverordnung vom 10.11.1993.

### **Ausnahmebewilligung für Eingriffe in Flachmoore von nationaler Bedeutung**

nach Art. 18 Abs. 1<sup>bis</sup> und 1<sup>ter</sup>, Art. 21 und 22 Abs. 2 des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz vom 1.7.1966 und Art. 4 und 5 der Verordnung über den Schutz der Flachmoore von nationaler Bedeutung vom 7.9.1994.

### **Ausnahmebewilligung für technische Eingriffe in Lebensräume geschützter Pflanzen**

nach Art. 20 des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz vom 1.7.1966, Art. 20 der Verordnung über den Natur- und Heimatschutz vom 16.1.1991, Art. 15 des kantonalen Naturschutzgesetzes vom 15.9.1992 sowie Art. 19 und 20 der kantonalen Naturschutzverordnung vom 10.11.1993.

### **Ausnahmebewilligung für technische Eingriffe in Lebensräume geschützter Tiere**

nach Art. 20 des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz vom 1.7.1966, Art. 20 der Verordnung über den Natur- und Heimatschutz vom 16.1.1991, Art. 15 des kantonalen Naturschutzgesetzes vom 15.9.1992 sowie Art. 25, 26 und 27 der kantonalen Naturschutzverordnung vom 10.11.1993.

**Leitverfahren:** Vollständige Vorabklärung

---

<b>Beurteilungsgrundlagen:</b>	Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz (NHG) SR 451 Verordnung über den Natur- und Heimatschutz (NHV) SR 451.1 Naturschutzgesetz (NSchG) BSG 426.11 Naturschutzverordnung (NSchV) BSG 426.111 Verordnung über den Schutz der Flachmoore von nationaler Bedeutung (Flachmooverordnung) SR 451.33 Biotopinventare von Bund und Kanton Lebensräume der Schweiz, Raymond Delarze / Yves Gonseth / Stefan Eggenberg / Mathias Vust, 2015 Wiederherstellung und Ersatz im Natur- und Landschaftsschutz: Leitfaden Umwelt Nr. 11 (BUWAL, 2002)
--------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

---

## **1. Beurteilung des Vorhabens**

### **1.1. Ausgangszustand**

Im Einflussbereich des Projektes und dessen näherer Umgebung bestehen folgende geschützte oder schützenswerte Lebensräume (Biotope) im Sinne von Art. 18, Abs. 1<sup>bis</sup> NHG, Art. 14 Abs. 3 und 4 NHV:

- Ufervegetation
- Flachmoor von nationaler Bedeutung
- Flachmoor von regionaler Bedeutung
- Hecken / Feldgehölze
- Nachweise geschützter und seltener Tier- und Pflanzenarten.
- Schützenswerte Lebensräume

### **1.2. Schutzbestimmungen**

Die im Rahmen der Interessenabwägung zu berücksichtigenden Schutzbestimmungen finden sich im Anhang.

### **1.3. Auswirkungen**

#### **1.3.1. Auswirkungen auf Biotope und Arten**

Entlang der Lutschine stockt geschützte Ufervegetation. Gemäss Situationsplan verläuft die Kabelleitung nach der Brückenquerung für einige Meter parallel zum Gewässer und kommt somit in den Bereich der Ufervegetation und des Gewässerraums zu liegen. Sofern in diesem Bereich keine bereits bestehenden Leerrohre vorhanden sind, ist die Leitung direkt nach der Brückenquerung rechtwinklig vom Gewässer weg zu führen. Die Beeinträchtigung von Ufervegetation kann dadurch minimiert werden.

Die im Situationsplan dargestellten Flächen des Flachmoors von nationaler Bedeutung entsprechen nicht den aktuellen Perimetern. Dies sind gemäss Datensatz des kantonalen Geoportals anzupassen.

Die Kabelleitung soll gemäss Plan durch das Flachmoor von nationaler Bedeutung geführt werden. Wir erkennen weder eine Standortgebundenheit noch ein nationales Interesse, welche ein solches Vorhaben rechtfertigen könnten. Der geplanten Leitungsführung kann daher nicht zugestimmt werden.

Um das Flachmoor von nationaler Bedeutung, sowie dessen Hydrologie zu schonen, ist die Kabelleitung ab Punkt 2 643 950 / 1 162 510 bis Alpiglen auf der Süd- bzw. Ostseite des Bahntrassees zu führen. Um Konflikte mit dem angrenzenden Flachmoor von regionaler Bedeutung (Nr. 10811) und dessen Hydrologie zu vermeiden, ist die Kabelleitung direkt angrenzend an das Bahntrassees zu verlegen.

Des Weiteren ist die Kabelleitung so zu verlegen, dass keine Hecken und Feldgehölze sowie die zugehörigen Mindestabstände tangiert werden.

Werden diese Massnahmen korrekt umgesetzt und erfolgt die Ausführung mittels Linienbaustelle mit kurzen Zeiten von offenen Gräben, erwarten wir keine langfristige Beeinträchtigung von geschützten Tier- und Pflanzenarten.

#### 1.4. Ausnahmegewilligungen

Im vorliegenden Gesuch werden keine Ausnahmegewilligungen nach Naturschutzrecht beantragt. Die Bewilligung des vorliegenden Projektes erfordert aber mehrere Ausnahmegewilligungen nach Naturschutzrecht. Die Ausnahmegewilligungen sind als Bestandteil des Projektes zu dokumentieren und im Verfahren zu beantragen.

#### 1.5. Rechtliche Voraussetzungen für die Erteilung der Ausnahmegewilligungen

Die Standortgebundenheit und das überwiegende Interesse des Vorhabens sind nicht gegeben. Damit fehlen die rechtlichen Voraussetzungen für die Erteilung der Ausnahmegewilligungen.

### 2. Antrag

Gestützt auf das geltende Recht können wir dem Vorhaben in dieser Form unsere Zustimmung nicht in Aussicht stellen.

### 3. Anforderungen an ein bewilligungsfähiges Projekt

- 3.1. Die Inventarflächen (Flachmoore) sind mit den korrekten Perimetern darzustellen.
- 3.2. Die Kabelleitung ist im Bereich der Lutschine rechtwinklig vom Gewässer weg zu führen, statt einige Meter parallel zum Gewässer.
- 3.3. Ab Koordinatenpunkt 2 643 950 / 1 162 510 bis Alpiglen ist die Kabelleitung auf der Süd- bzw. Ostseite des Bahntrassees direkt angrenzend ans Trassees zu verlegen.
- 3.4. Die Kabelleitung ist so zu verlegen, dass keine Hecken und Feldgehölze sowie die zugehörigen Mindestabstände tangiert werden.

Freundliche Grüsse

**Amt für Landwirtschaft und Natur  
des Kantons Bern**  
Abteilung Naturförderung

**Anhang:** - Schutzbestimmungen

## **Anhang: Schutzbestimmungen**

### *Grundsatz*

Gemäss Art. 78 Abs. 2 der Bundesverfassung sowie Art. 3 Abs. 1 des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz sind Landschaftselemente und Naturdenkmäler zu schonen und, wo das allgemeine Interesse an ihnen überwiegt, ungeschmälert zu erhalten. Diese Pflicht gilt nach Art. 3 Abs. 3 NHG unabhängig davon, ob es sich um ein Objekt von nationaler, regionaler oder lokaler Bedeutung handelt. Bevor ein Eingriff bzw. eine Beeinträchtigung bewilligt werden kann, muss eine Abwägung aller für und gegen das Vorhaben sprechenden öffentlichen und privaten Interessen durchgeführt werden.

### *Gewässerraum*

Im Gewässerraum gilt grundsätzlich ein Bauverbot. Dies gilt auch für bewilligungsfreie Bauten und Anlagen (Farnisbauten, Parkplätze, Abstellplätze, Sitzplätze, Spielplätze, Freizeit- u. Gartenanlagen, Tiergehege, etc.). Ausnahmen für neue Bauten und Anlagen im Gewässerraum können gemäss Art. 41 c Abs. 1 der Gewässerschutzverordnung (GSchV) nur bewilligt werden, wenn sie standortgebunden sind und im öffentlichen Interesse liegen (vergleiche dazu auch die Arbeitshilfe „Bauten und Anlagen im Gewässerraum“, AGR u. TBA vom September 2014).

### *Uferbereiche*

Uferbereiche sind Biotope gemäss Art. 14 Abs. 3 NHV. Sie umfassen mindestens die Ufervegetation und ein landseitiger Nährstoffpufferstreifen von 3 m Breite. Uferbereiche sind nach Art. 18 Abs. 1<sup>bis</sup> NHG besonders zu schützen.

Bewilligungen für technische Eingriffe in die Uferbereiche dürfen nur erteilt werden, wenn das Vorhaben standortgebunden ist und einem überwiegenden Bedürfnis entspricht. Mit der Erteilung einer Baubewilligung ist der Verursacher zu bestmöglichen Schutz-, Wiederherstellungs- oder ansonsten zu ökologisch gleichwertigen Ersatzmassnahmen zu verpflichten (Art. 18 Abs. 1<sup>ter</sup> NHG und Art. 14 Abs. 7 NHV).

### *Ufervegetation*

Die Ufervegetation (Schilf-, Seggen- und Hochstaudenbestände, Ufergehölze, Auenvegetation, etc.) ist gemäss Art. 21 NHG geschützt. Sie darf weder gerodet noch überschüttet noch auf eine andere Weise zum Absterben gebracht werden. Die Grenze der Uferbestockung verläuft mindestens 3 m ausserhalb der Stämme der äussersten Bäume und Sträucher.

Da die Grenzen von Ufergehölzen mindestens 3 m ausserhalb der Stämme der äussersten Bäume und Sträucher verlaufen, sind die Bauabstände ab dieser Linie zu bemessen.

Die zuständige kantonale Behörde kann die Beseitigung der Ufervegetation in den durch die Wasserbaupolizei- oder Gewässerschutzgesetzgebung erlaubten Fällen für standortgebundene Vorhaben bewilligen (Art. 22 Abs. 2 NHG).

Mit der Erteilung einer Ausnahmbewilligung ist der Verursacher zu bestmöglichen Schutz-, Wiederherstellungs- oder ansonsten zu ökologisch gleichwertigen Ersatzmassnahmen zu verpflichten (Art. 18 Abs. 1<sup>ter</sup> NHG u. Art. 14 Abs. 7 NHV).

### *Flachmoore von nationaler Bedeutung*

Flachmoore von nationaler Bedeutung müssen gemäss Art. 4 der Flachmoorverordnung ungeschmälert erhalten bleiben. Die Kantone haben dafür zu sorgen, dass innerhalb der Objekte keine Bauten und Anlagen errichtet, keine Bodenveränderungen und Entwässerungen vorgenommen und keine Stoffe oder Erzeugnisse im Sinne der ChemRRV ausgebracht werden. Ausgenommen sind einzig solche Bauten, Anlagen und Bodenveränderungen, die der Aufrechterhaltung des Schutzziels dienen. Der Unterhalt und die Erneuerung rechtmässig erstellter Bauten und Anlagen dürfen die Moorbiotope nicht zusätzlich beeinträchtigen und die touristische und die Erholungsnutzung müssen mit den Schutzzielen in Einklang stehen.

### *Flachmoore von regionaler Bedeutung*

Feuchtgebiete sind Biotope gemäss Art. 14 Abs. 3 NHV. Sie sind nach Art. 18 Abs. 1<sup>bis</sup> NHG besonders zu schützen. Aufgrund der Bewirtschaftungsverträge zwischen den Bewirtschaftern und dem Kanton sind es auch Schutzgebiete im Sinne von Art. 4 des Naturschutzgesetzes (NSchG).

Bewilligungen für technische Eingriffe in Feuchtgebiete von regionaler Bedeutung dürfen nur erteilt werden, wenn das Vorhaben standortgebunden ist und einem überwiegenden Bedürfnis entspricht. Mit der Erteilung einer Ausnahmbewilligung ist der Verursacher zu bestmöglichen Schutz-, Wiederherstellungs- oder ansonsten zu ökologisch gleichwertigen Ersatzmassnahmen zu verpflichten (Art. 18 Abs. 1<sup>ter</sup> NHG, Art. 14 Abs. 7 NHV und Art. 7 NSchG).

### *Subalpine und alpine Pflanzengesellschaften*

Subalpine und alpine Rasen, wie Kalkblockfluren, Rostseggenrasen, Nacktriedrasen, Schneetälchen sind Biotope gemäss Art. 14 Abs. 3 NHV. Ebenso Blaugras-, Krummseggen-, Horstseggen- und Borstgrasrasen, wenn darin geschützte Pflanzenarten vorkommen. Sie sind nach Art. 18 Abs. 1<sup>bis</sup> NHG besonders zu schützen.

Bewilligungen für technische Eingriffe in alpine Rasen dürfen nur erteilt werden, wenn das Vorhaben standortgebunden ist und einem überwiegenden Bedürfnis entspricht. Mit der Erteilung einer Baubewilligung ist der Verursacher zu bestmöglichen Schutz-, Wiederherstellungs- oder ansonsten zu ökologisch gleichwertigen Ersatzmassnahmen zu verpflichten (Art. 18 Abs. 1<sup>ter</sup> NHG und Art. 14 Abs. 7 NHV).

### *Schutz seltener Pflanzen*

Seltene Pflanzenarten, wie Orchideen- oder Enzianarten, sind gemäss Art. 20 der Verordnung über den Natur- und Heimatschutz bzw. Art. 19 und 20 der Naturschutzverordnung geschützt. Das Vernichten dieser Pflanzenarten, insbesondere durch technische Eingriffe, ist untersagt.

Bewilligungen für technische Eingriffe in Bestände geschützter Pflanzen dürfen nur erteilt werden, wenn das Vorhaben standortgebunden ist und einem überwiegenden Bedürfnis entspricht (Art. 20 Abs. 3 b NHV). Mit der Erteilung einer Ausnahmegewilligung ist der Verursacher zu bestmöglichen Schutz-, Wiederherstellungs- oder ansonsten zu ökologisch gleichwertigen Ersatzmassnahmen zu verpflichten (Art. 18 Abs. 1<sup>ter</sup> NHG und Art. 14 Abs. 7 NHV).

### *Schutz seltener Tiere*

Seltene Tierarten, wie Amphibien / Reptilien / Libellen, sowie deren Lebensräume und Brutstätten sind gemäss Art. 20 der Verordnung über den Natur- und Heimatschutz bzw. Art. 25 der Naturschutzverordnung geschützt. Das Vernichten oder Beschädigen ihrer Brutstätten, insbesondere durch technische Eingriffe, ist untersagt.

Bewilligungen für technische Eingriffe in Lebensräume und Brutstätten geschützter Tierarten dürfen nur erteilt werden, wenn das Vorhaben standortgebunden ist und einem überwiegenden Bedürfnis entspricht (Art. 20 Abs. 3 b NHV). Mit der Erteilung einer Ausnahmegewilligung ist der Verursacher zu bestmöglichen Schutz-, Wiederherstellungs- oder ansonsten zu ökologisch gleichwertigen Ersatzmassnahmen zu verpflichten (Art. 18 Abs. 1<sup>ter</sup> NHG und Art. 14 Abs. 7 NHV).

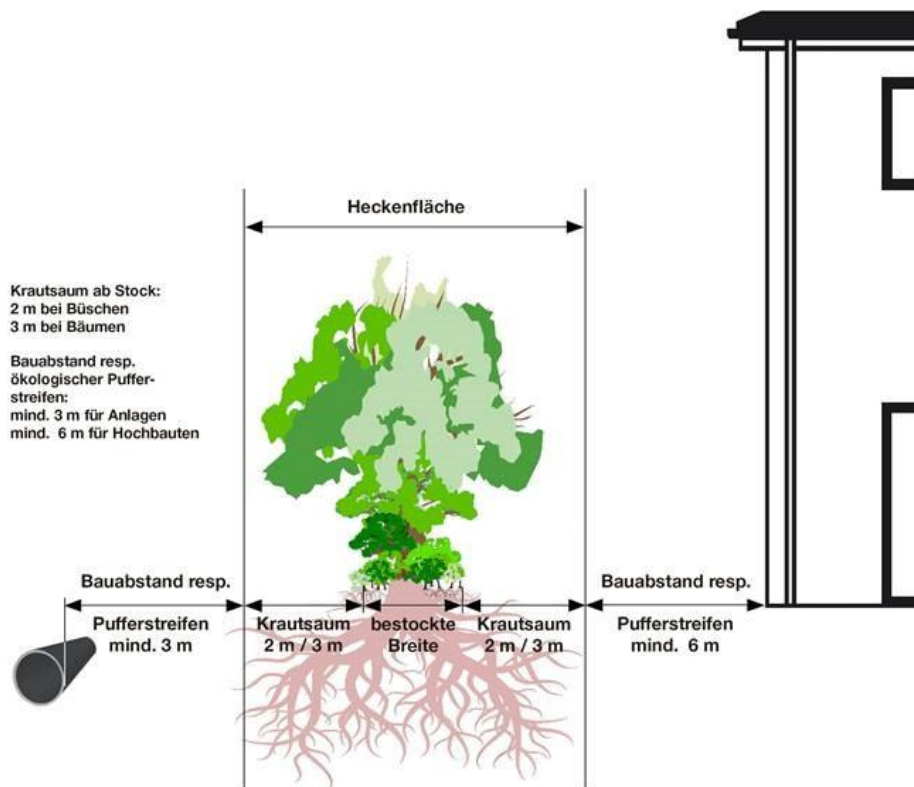
### *Hecken und Feldgehölze*

Hecken und Feldgehölze sind gemäss Art. 18 Abs. 1<sup>bis</sup> NHG, Art. 18 Abs. 1 g des Bundesgesetzes über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel sowie Art. 27 und Art. 28 des NSchG in ihrem Bestand geschützt. Die Grenzen von Hecken und Feldgehölzen verlaufen mindestens 3 m ausserhalb der Stämme der äussersten Bäume und Sträucher.

Da die Grenzen von Hecken und Feldgehölzen mindestens 3 m ausserhalb der Stämme der äussersten Bäume und Sträucher verlaufen, sind die Bauabstände ab dieser Linie zu bemessen.

Eine Ausnahmegewilligung für die Beseitigung einer Hecke oder eines Feldgehölzes kann gemäss Art. 18 Abs. 1<sup>ter</sup> NHG, Art. 14 Abs. 6 NHV und Art. 13 NSchV nur erteilt werden, wenn das Vorhaben standortgebunden ist und einem überwiegenden Bedürfnis entspricht. Über Ausnahmen vom Beseitigungsverbot entscheidet die Regierungsstatthalterin oder der Regierungsstatthalter (Art. 27 NSchG). Mit der Erteilung einer Ausnahmegewilligung ist der Verursacher zu bestmöglichen Schutz-, Wiederherstellungs- oder ansonsten zu ökologisch gleichwertigen Ersatzmassnahmen zu verpflichten (Art. 18 Abs. 1<sup>ter</sup> NHG, Art. 14 Abs. 7 NHV und Art. 13 Abs. 2 NSchV).





**Abbildung 1:** Krautsaum und Bauabstände bei Hecken und Feldgehölzen im Sinne von ökologischen Puffern nach Art. 14, Abs. 2 Bst. d NHV (Quelle: 2021, Arbeitshilfe zu Schutz und Unterhalt von Hecken, Feld- und Ufergehölzen)

12.06.2024 / ANF / PH



Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion des Kantons Bern  
Amt für Landwirtschaft und Natur

Fachstelle Boden  
Rütti 5, 3052 Zollikofen  
[www.be.ch/bodenschutz](http://www.be.ch/bodenschutz)

Christiane Vögeli Albisser  
031 633 39 91  
[christiane.voegeli@be.ch](mailto:christiane.voegeli@be.ch)

Amt für Landwirtschaft und Natur, Rütti 5, 3052 Zollikofen

Regierungsstatthalteramt Interlaken-Oberhasli  
Schloss 1  
3800 Interlaken

**Geschäfts-Nr. LANAT-GEKO** 267148 29. Juni 2024  
**Geschäfts-Nr. Leitbehörde** eBau 2024-8015  
(193656)

## Fachbericht Bodenschutz

<b>Gemeinde</b>	Grindelwald
<b>Gesuchsteller / Bauherrschaft</b>	Jungfraubahn AG, Harderstrasse 14, 3800 Interlaken
<b>Standort</b>	Grund bis Alpiglen
<b>Parzellen Nr.</b>	533, 2626, 6084, 546, 564, 4482, 54, 2945, 6506, 439, 4941, 6087, 441, 4930, 820, 5118, 815, 5059, 3027, 922, 783, 4962, 4970, 5474, 4421, 466, 5044, 2860, 818, 2102, 3244, 3865, 2858, 5043, 76
<b>Koordinaten</b>	2 644 696 / 1 163 684 und weitere
<b>Vorhaben</b>	<b>Vollständige Vorabklärung:</b> Erstellen Kabelschutzrohranlage
<b>Eingereichte Unterlagen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>eBau-Gesuch</li></ul>
<b>Weitere Beurteilungsgrundlagen</b>	Keine

### 1. Beurteilung des Vorhabens

- 1.1. Der Fachbericht bezieht sich auf die eingereichten Pläne und Unterlagen.
- 1.2. Das Vorhaben betrifft einen Leitungsbau auf einer Länge von 3500 m im offenen Grabenbau.
- 1.3. Auf Teilabschnitten erfolgt die Leitungsführung entlang bestehender Strassen.
- 1.4. Generell gilt: Wo immer möglich sind Leitungsbauten von Rohranlagen innerhalb Wege/Strassen und in zweiter Priorität direkt angrenzend zu bestehenden Wegen/Strassen oder Bahnlinien zu führen.
- 1.5. Im vorgesehenen Projekt sollte die Linienführung daher optimiert werden. Ein Verlauf entlang der Bahnlinie erscheint hierfür sinnvoll.

- 1.6. Flachmooren sind durch ihre erhöhte Empfindlichkeit auf Störungen der standorttypischen Fruchtbarkeit weitestgehend zu vermeiden.
- 1.7. Aufgrund der Länge wird das Vorhaben den Beizug einer zertifizierten *Bodenkundlichen Baubegleitung* BBB bedingen. Die Anforderungen an das Pflichtenheft der BBB richten sich nach dem Merkblatt *Anforderungen an ein Pflichtenheft der bodenkundlichen Baubegleitung (BBB)* (zu finden unter [www.weu.be.ch](http://www.weu.be.ch) > Themen > Umwelt > Boden > Bodenschutz beim Bauen > Bodenschutz bei Bauvorhaben).

## **2. Hinweise**

Es wird auf folgende Vorschriften, Merkblätter oder Richtlinien hingewiesen, die beim geplanten Vorhaben zudem zu beachten sind:

- 2.1. BAFU (Hrsg.) 2022: Sachgerechter Umgang mit Boden beim Bauen. Bodenschutzmassnahmen auf Baustellen. Ein Modul der Vollzugshilfe Bodenschutz beim Bauen
- 2.2. Die Liste der zertifizierten *Bodenkundlichen Baubegleitungen* (BBB) ist zu finden unter <https://www.soil.ch/de/fachpersonen/fachpersonenverzeichnis?highlight=bbb> finden, dort "anerkannte/r BBB BGS" ankreuzen.
- 2.3. Merkblatt *Anforderungen an ein Bodenschutzkonzept*, zu finden unter [www.weu.be.ch](http://www.weu.be.ch) > Themen > Umwelt > Boden > Bodenschutz beim Bauen > Bodenschutz bei Bauvorhaben.

## **3. Gebühren**

Es werden noch keine Gebühren verrechnet. Diese werden in der Rechnung des endgültigen Bauseuchs integriert.

**LANAT Amt für Landwirtschaft und Natur**  
Fachstelle Boden

Christiane Vögeli Albisser  
Fachspezialistin Bodenschutz



Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion  
Amt für Landwirtschaft und Natur  
Abteilung Jagdinspektorat (JI)

Schwand 17  
3110 Münsingen  
+41 31 636 14 30  
info.ji@be.ch  
www.be.ch/jagd

Arianne Marty  
+41 31 636 56 63  
arianne.marty@be.ch

Jagdinspektorat, Schwand 17, 3110 Münsingen

Regierungsstatthalteramt Interlaken-Oberhasli  
Schloss 1  
3800 Interlaken

Unsere Referenz: 24\_214  
eBau Nr.: 2024-8015

20. August 2024

## Stellungnahme Wildtierschutz

<b>Gemeinde:</b>	Grindelwald
<b>Gesuchsteller:in:</b>	Jungfraubahn AG, Fabian Baumann, Harderstrasse 14, 3800 Interlaken
<b>Vorhaben:</b>	Tiefbauanlage, Erstellen Kabelschutzrohranlage
<b>Standort / Adresse:</b>	Grund bis Alpiglen, Grindelwald
<b>Parzellen Nr.:</b>	4533, 2626, 6084, 546, 564, 4482, 54, 2945, 6506, 439, 4941, 6087, 441, 4930, 820, 5118, 815, 5059, 3027, 922, 783, 4962, 4970, 5474, 4421, 466, 5044, 2860, 818, 2102, 3244, 3865, 2858, 5043, 76
<b>Koordinaten:</b>	2'644'696 / 1'163'684; 2'644'665 / 1'163'654; 2'644'668 / 1'163'605; 2'644'670 / 1'163'587; 2'644'685 / 1'163'535; 2'644'702 / 1'163'510; 2'644'646 / 1'163'395; 2'644'726 / 1'163'429; 2'644'678 / 1'163'379; 2'644'716 / 1'163'323; 2'644'664 / 1'163'287; 2'644'647 / 1'163'265; 2'644'632 / 1'163'246; 2'644'661 / 1'163'237; 2'644'548 / 1'163'170; 2'644'599 / 1'163'152; 2'644'554 / 1'163'194; 2'644'552 / 1'163'027; 2'644'545 / 1'163'024; 2'644'548 / 1'162'993; 2'644'484 / 1'163'002; 2'644'491 / 1'162'947; 2'644'485 / 1'162'934; 2'644'493 / 1'162'890; 2'644'439 / 1'162'854; 2'644'380 / 1'162'797; 2'643'977 / 1'162'515; 2'644'253 / 1'162'674; 2'644'194 / 1'162'644; 2'644'083 / 1'162'591; 2'643'969 / 1'162'568; 2'643'913 / 1'162'543; 2'643'852 / 1'162'551; 2'644'558 / 1'162'997; 2'643'823 / 1'162'492
<b>Schutzgebiete/Objekte:</b>	Kantonales Wildschutzgebiet Grindelwald
<b>Unterlagen:</b>	Projektunterlagen zum Baugesuch
<b>Leitverfahren:</b>	Vorabklärung

<b>Beurteilungsgrundlagen:</b>	Bundesgesetz über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (JSG) BSG 922.0 Gesetz vom über Jagd und Wildtierschutz (JWG) BSG 922.11 Verordnung über den Wildtierschutz (WTSchV) BSG 922.63 Jagdverordnung (JaV) BSG 922.111 Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz (NHG) SR 451 Verordnung über den Natur- und Heimatschutz (NHV) SR 451.1 Naturschutzgesetz (NSchG) BSG 426.11
--------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Naturschutzverordnung (NSchV) BSG 426.111

---

**1. Beurteilung des Vorhabens**

Der Projektperimeter befindet sich teilweise im kantonalen Wildschutzgebiet Grindelwald. Im Gebiet kommen geschützte Arten nach Art. 7 Abs. 1 JSG vor. Die Auswirkungen des Projektes auf betroffene Wildtiere sind jedoch voraussichtlich gering. Langfristige negative Einflüsse sind nicht zu erwarten. Beeinträchtigende Auswirkungen auf Wildtiere sind hier vor allem bei der Bauphase zu erwarten. Diese können mit entsprechenden Auflagen reduziert werden.

**2. Stellungnahme**

Dem Vorhaben könnte aus Sicht Wildtierschutz mit folgenden Auflagen zugestimmt werden:

**3. Auflagen zur Baubewilligung**

- 3.1. Holzerei- und Rodungsarbeiten dürfen nicht während der Brut- und Setzzeit der wildlebenden Säugetiere und Vögel (1. April – 31. Juli) stattfinden.
- 3.2. Alle Bauarbeiten dürfen nicht nachts oder während der Dämmerung erfolgen.

Freundliche Grüsse

**Amt für Landwirtschaft und Natur  
des Kantons Bern**  
Abteilung Jagdinspektorat



Arianne Marty  
Fachbereichsleiterin Lebensraum und Arten

**Kopien:** - Wildhüter (E-Mail)